

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

BIKUKO befürwortet Beitritt zum Hochschulkonkordat

Solothurn, 29. Januar 2015 – Die kantonsrätliche Bildungs- und Kulturkommission (BIKUKO) befürwortet den Beitritt des Kantons Solothurn zum Hochschulkonkordat. Hingegen lehnt sie einen Volksauftrag ab, der die Trennung des Sportes vom Amt für Kultur und Sport verlangt.

Bislang gibt es in der Schweiz keine umfassende Steuerung des Hochschulbereichs. Deshalb soll ein Hochschulkonkordat geschaffen werden, das als Basis für die Kantone dient, gemeinsam mit dem Bund die Koordination des Hochschulraums zu übernehmen. Es soll eine gemeinsame hochschulpolitische Koordination für alle Hochschultypen und eine Vereinfachung der Koordinationsgremien erreicht werden. Gemäss Schätzungen der Erziehungsdirektorenkonferenz betragen die jährlich anfallenden Kosten als Folge des Beitritts für den Kanton Solothurn rund 42'700 Franken. In der Kommission wurden Bedenken wegen des geringen Mitspracherechts des Kantons und mit Blick auf befürchtete Kostenausweitungen geäussert. Es überwog aber die Meinung, wonach ein Beitritt sinnvoll sei, weil der Kanton Solothurn so die Möglichkeit erhält, seinen Standpunkt einzubringen. Die BIKUKO befürwortet deshalb den Beitritt zum Hochschulkonkordat.

Die Kommission beantragt dem Kantonsrat, den Volksauftrag für die Trennung des Sportes vom Amt für Kultur und Sport, nicht erheblich zu erklären. Sie war einhellig der Ansicht – im Übrigen wie auch der Regierungsrat –, dass

die Sparte Sport mit der jetzigen Organisation bestens betreut ist. Die Sportförderung darf als äusserst erfreulich bezeichnet werden, so dass eine Umstrukturierung nicht angezeigt ist.

Ferner hat sie einen Auftrag der FDP. Die Liberalen behandelt, der eine Stärkung des dualen Bildungssystems anstrebt und sicherstellen will, dass sich die Fachhochschulen nicht mehr an den Standards der Universitäten ausrichten. Der Regierungsrat wird aufgefordert, mit einer Standesinitiative vom Bund zu verlangen, dass der Praxisbezug gewährleistet ist und die Fachhochschulen weiterhin die praktische Berufsausbildung fortsetzen. Inhaltlich ist der Regierungsrat mit den Forderungen zwar einverstanden, eine Standesinitiative erachtet er aber als ungeeignetes Instrument zur Umsetzung des Anliegens. Dieser Auffassung schloss sich die Kommission an und stimmte dem Antrag des Regierungsrats zu, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

In einem weiteren Auftrag verlangt die Fraktion FDP. Die Liberalen eine Reduktion der Masterlehrgänge an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Die Fachhochschule solle sich auf ihre Kernaufgaben im Bereich des dualen Berufsbildungssystems konzentrieren. Der Regierungsrat erachtet eine generelle Kürzung der Masterlehrgänge als problematisch. Angesichts des Fachkräftemangels müsse genau geprüft werden, welche Masterstudiengänge vom Arbeitsmarkt nachgefragt und entsprechend erfolgreich seien. Der Regierungsrat ist deshalb der Auffassung, dass das Angebot der Masterstudiengänge fachbereichsspezifisch kritisch zu überprüfen sei und dass die FHNW vom Arbeitsmarkt ausreichend nachgefragte Masterstudiengänge führen und diese klar auf Berufspraxis und Anwendungsorientierung ausrichten solle. Die Kommission schloss sich der Meinung des Regierungsrats an und sprach sich für die Erheblicherklärung im Sinne des Regierungsrats aus.